

„WGO schadet Image der Stadt“

Obernkirchen. SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert kritisiert das Vorgehen der WGO-Fraktion in Bezug auf die Niederschlagswasser-Gebührenbescheide der Stadt. „Das Verfahren ist richtig“, verteidigt Mevert die Stadtverwaltung. „Die neue Abrechnungspraxis spart Geld.“ Die finanzielle Belastung der Bürger sei minimal, bestünde lediglich aus dem Zinsverlust, und stünde in keinem Verhältnis zu Aufwand und Kosten, die die von der WGO geforderte Prüfung und das Versenden neuer Bescheide nach sich ziehen würde.

„Am meisten ärgert mich, dass Herr Theel anscheinend nicht weiß, wo er steht“, schimpft Mevert. „Er ist stellvertretender Bürgermeister - und zieht das Image der Stadt, in der sich die Verwaltung nach seiner Darstellung mit Zinsen bereichern will, mit dieser Geschichte in den Dreck.“ Zum Hintergrund: Die WGO hatte bemängelt, dass die Bürger in diesem Jahr doppelt belastet würden. Sie zahlen Monat für Monat Abwassergebühren an das EMR und sollen zum 15. August, rückwirkend zum 1. Januar, die neugeregelten Niederschlagswassergebühren auch an die Stadt abführen (wir berichteten). Ab 2003 wird die Schmutz- und Niederschlagswassergebühr nicht mehr über das EMR abgerechnet. Die Stadt weist sie dann auf einem Bescheid mit den Grundsteuern aus. Das spare Geld. Möglicherweise, gesteht Mevert ein, sei der 15. August zu früh gewählt. Die Bürger müssten so etwas länger parallel an EMR und Stadt zahlen, aber die Summen seien verglichen mit den Kosten, den der Eilantrag der WGO nach sich ziehe, gering. „Und die Bürger bekommen ja zurück, was sie zu viel bezahlt haben.“ Auch Mevert ist der Meinung, dass die alte und die neue Gebühr nicht gegeneinander aufgerechnet werden konnten. Aber wenn die WGO die Mehrkosten bezahle, die mit einer Verschiebung des Zahlungstermins und dem Versenden neuer Bescheide verbunden wären, würde er sich nicht dagegen stellen. Mevert rechnet weiter: „Die Aktion würde den Gebührenhaushalt belasten, die Verwaltung würde die Kosten, weil sie ja kostendeckend kalkulieren muss, wieder auf die Bürger umlegen.“

© Schaumburger Nachrichten, 26.07.2002 (tk)